

AfD-Fraktion Rheine | Surenburgstraße 177 | 48429 Rheine

An den
Bürgermeister der Stadt Rheine
Herrn Dr. Peter Lüttmann
Klosterstraße 14
48431 Rheine

Rheine, 21.03.2026

Antrag der AfD-Fraktion im Stadtrat Rheine zum Haushaltsplanentwurf 2026

Beendigung der steuerfinanzierten Förderung zivilgesellschaftlicher Integrationsprojekte

Im Teilplan Bereich 8, Produkt 811 (Zuwanderung), werden die freiwilligen Zuschüsse an Dritte (Zeile 15) um insgesamt 203.000 Euro gekürzt. Dies umfasst die Streichung der Mittel für die Migrationsdienste der Caritas (170.000 €), das Centro St. Antonio (13.000 €), den Integrationsrat (11.000 €) sowie allgemeine Integrationsfördermittel (10.000 €).

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt, die Ansätze in der Berichtszeile 15 des Produktes 811 um 203.000 Euro für das Haushaltsjahr 2026 zu streichen.

Begründung:

Ausgehend von einer konservativen Prioritätensetzung wird Integration primär als Bringschuld der Zuwandernden verstanden. Das bedeutet, dass von den Zugewanderten erwartet wird, eigenverantwortlich und aktiv an ihrer sprachlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Eingliederung mitzuwirken. Staatliche und kommunale Unterstützung wird in diesem Verständnis nicht grundsätzlich infrage gestellt, soll jedoch klar begrenzt und zielgerichtet eingesetzt werden, um Eigeninitiative nicht zu ersetzen, sondern zu ergänzen.

Der Leitfaden argumentiert in diesem Zusammenhang, dass zahlreiche freiwillige Integrationsmaßnahmen hinsichtlich ihrer tatsächlichen Wirksamkeit nur unzureichend evaluiert sind. Vor dem Hintergrund knapper öffentlicher Mittel wird daher empfohlen, solche Angebote kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls zurückzufahren. Stattdessen soll die Kommune ihre Ressourcen auf gesetzlich definierte Pflichtaufgaben konzentrieren, um eine verlässliche Grundversorgung sicherzustellen und gleichzeitig die finanzielle Stabilität zu wahren.

Kritisch wird zudem auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure verwiesen, die im Bereich Integration tätig sind. Der Begriff einer „Integrationsindustrie“ beschreibt dabei die

Wahrnehmung, dass sich über die Jahre Strukturen entwickelt haben, die in erheblichem Umfang von öffentlichen Fördermitteln abhängig sind. Aus dieser Perspektive besteht die Gefahr, dass bestehende Fehlentwicklungen im Migrationssystem durch kontinuierliche Finanzierung verstetigt werden, ohne dass zwingend eine nachhaltige Verbesserung der Integrationsergebnisse erreicht wird.

Daraus leitet sich die Forderung ab, kommunale Integrationspolitik stärker zu fokussieren und auf ein klar definiertes Mindestmaß zu begrenzen. Dazu zählen insbesondere grundlegende Maßnahmen wie Sprachförderung, die als zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Arbeitsmarktintegration gilt. Weitergehende Angebote sollen hingegen nur dort aufrechterhalten werden, wo ihre Wirksamkeit nachweisbar ist.

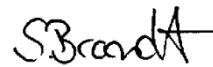
Die durch eine solche Priorisierung freiwerdenden finanziellen Mittel sollen gezielt zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden. Ziel ist es, die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Kommune zu sichern, strukturelle Defizite abzubauen und Spielräume für zentrale Zukunftsinvestitionen zu erhalten. Auf diese Weise wird Integration in ein Gesamtkonzept finanzieller Verantwortung eingebettet, das sowohl die Anforderungen an Zugewanderte als auch die Belastungsgrenzen der öffentlichen Hand berücksichtigt.

Mit freundlichen Grüßen



Laura Sophie Grasler

Fraktionsvorsitzende



Sarah Brandt

Stellv. Fraktionsvorsitzende